

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Hermann-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Schafft Wohnungen!

Sozialdemokratische Forderungen im Preussischen Landtag.

Der Landtag nimmt Kenntnis von der Verordnung des Staatsministeriums, die das preussische Gerichtskostengesetz dahin abändert, daß bei der gesetzlichen Aufwertung von Hypotheken und sonstigen Grundstücksbelastungen die Gebührenfreiheit für die Grundbucheintragungen ausgesprochen wird.

Hierauf wird die Beratung des

Wohlfahrtshaushaltes

fortgesetzt. Der Abschnitt „Ministerium und Volksgesundheit“ war erledigt. Der Landtag geht über zur Beratung des zweiten Abschnittes, der das Wohnungs- und Siedlungswesen betrifft. Es liegt eine große Zahl von Anträgen vor, die Vorschläge zur Behebung der Wohnungsnot enthalten.

Abg. Bergmann (Z.) stellt fest, daß die schönsten Reden nichts nützen, wenn nicht ein Bauprogramm auf längere Sicht aufgestellt werde. Auch hier sei das Beispiel Englands lehrreich. Dort habe man ein solches Programm bis zum Jahre 1965. Nachdem die Währung bei uns stabil geworden sei, könnten wir ähnliches vorgehen. Das Programm der Regierung müsse eine größere Flexibilität aufweisen. Ohne die Hauszinssteuer würde der Baumarkt zum Erliegen kommen. So unsozial die Steuer sei, für absehbare Zeit sei sie unentbehrlich. Allerdings sei eine Berechtigung der Steuer erforderlich. Die Sätze für Neubauten und Hypotheken bedürften der Erhöhung.

Abg. Meyer-Söltingen (Soz.) gibt eine eingehende Darstellung der Mittel und Wege, die aus den ständischen Zuständen des Wohnungswesens und des heutigen Wohnungsbaus herauszuführen. Wir danken dem Minister, erklärt Genosse Meyer, dafür, daß sein Ministerium einen Städtebaugesamtwurf ausgearbeitet hat, und diesen Entwurf in einer Form der Dezentralität zugehen ließ, die allen Kreisen der Bevölkerung die Möglichkeit gibt, zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Die Richtlinien des Entwurfs sind eine geeignete Grundlage zur Lösung des Problems. Wir möchten nur um die Beamtung der Frage bitten, wann dieser Entwurf nun dem Landtag zugehen wird, denn eine Neuordnung des Städtebaus muß so bald als möglich kommen.

Bei den Fragen des Wohnungs- und Siedlungswesens, die heute hier zur Erörterung stehen, muß man sich unwillkürlich an die Ausführungen erinnern, die vor einigen Tagen die Abgeordneten Dr. Weyer und Dr. Böhmert hier gemacht. Sie haben das Wohnungswesen als die Hauptquelle des Volkseinkommens nicht nur im sonderlichen, sondern auch im trivialisierender Hinsicht charakterisiert. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Die Bodenreformer haben seit Jahrzehnten diese Erkenntnis verbreitet. Allein vor dem Krieg stand die rein private Wohnungswirtschaft allen Verbesserungen in der Wohnungsfrage im Wege. Damals hatten der Reichstag und der Landtag eine feste bürgerliche Mehrheit, die jeden Eingriff in die heiligen Rechte des Privateigentums zurückwies. (Zuruf rechts: Und nach der Revolution?) Wissen Sie (nach rechts) heute noch nicht, daß sowohl vor wie nach dem Krieg im Reich wie in Preußen bürgerliche Mehrheiten bestanden? Das Volkkapital engagiert sich beim Wohnungsbau nur dann, wenn entsprechende Gewinne zu erzielen sind. Ohne staatliche Wohnungspolitik wären wir in der Wohnungsfrage überhaupt kein Stück weiter gekommen. Diejenigen Herrschaften, die seit Jahr und Tag die staatliche Wohnungspolitik sabotieren, haben wirklich keinen Anseh, hier in der Kritik große Töne zu reden. Ohne öffentliche Hilfe war eine Bautätigkeit lange Zeit überhaupt nicht möglich. Ohne Hauszinssteuer wäre ein ökonomischer Stillstand der Bautätigkeit eingetreten. (Zuruf rechts: Und die Industrie?) Die Industrie hat in der Inflationszeit gebaut und viel gebaut, so stark gebaut, daß sie heute daran noch schwer zu verdienen hat. Der Hinweis auf die Inflationsbauten beweist gar nichts.

Wir stehen der Hauszinssteuer sehr kritisch gegenüber. Wir sind an ihrer Einführung nicht schuld, sie ist ein Kind des Finanzministers Luthers. Wogegen wir uns immer wieder mit aller Entschiedenheit wenden müssen, das ist die Verwendung dieser Steuer für allgemeine Finanzzwecke. Wir haben ein Recht, die Hauszinssteuer zu kritisieren, nicht aber die Parteien, die im Reich dem jetzigen Finanzausgleich zugestimmt haben, denn dieser Finanzausgleich schreibt ja den Ländern die Art der Verwendung der Hauszinssteuer vor. Der Ausgleich zwingt die Länder geradezu, Mieten und Wohnungsbaukosten zu steigern. Wir verlangen, daß die Hauszinssteuer nur dem Wohnungsbau zugute kommt. Nach den Darlegungen des Finanzministers kann der preussische Staat auf 700 Millionen Mark Nettoeinnahme aus der Hauszinssteuer rechnen. Mit diesem Betrag könnten wir Preußen aus dem Wohnungswesen herausbringen. Aber da kommt das Reich mit dem Finanzausgleich und hemmt den sozialen und kulturellen Fortschritt. Wir fordern generell die Befreiung der Hauszinssteuer und wollen an deren Stelle eine Wohnungsbaubgabe nach sozialen Gesichtspunkten treten lassen. Das Wohlfahrtsministerium kann sich für unsere Auffassung nicht begeistern und meint, unser Vorschlag sei undurchführbar. Vor kurzem war der Wohlfahrtsminister in Wien, das sozialistisch verwalte wird. Er hätte sich dort davon überzeugen können, daß unsere Vorschläge sehr wohl durchzuführen sind. — Solange das Reichsgesetz uns hindert im Wege steht, werden wir selbstverständlich versuchen, in die in Preußen vorliegende für die Wohnungsfrage maßgebende Gesetzgebung soviel wie möglich sozialen Geist hineinzubringen. In geradezu schreiendem Widerspruch zu jeder sozialen Auffassung der Wohnungsfrage steht die Vereinfachung der Landwirtschaft von der Hauszinssteuer. Wir haben heute den ständischen Zustand, daß

die ärmsten Leute auf dem Dorfe die Hauszinssteuer bezahlen müssen und der reiche Gutsherr frei ist. Wie lange sollen diese empörenden Dinge noch fortbestehen? Auch die Landwirtschaft bekommt Geld aus der Hauszinssteuer, trotzdem wird sie davon befreit, zu ihr beizutragen. Teile der Hauszinssteuer werden für allgemeine Finanzzwecke verwendet; trotzdem ist die Landwirtschaft von ihr befreit. In der Zeit der Schutzzölle sind solche Privilegien einfach unerträglich. Das Auskommen aus der Hauszinssteuer muß gerecht verteilt werden; vor allem sind die Notstandsgebiete im Westen und Osten zu berücksichtigen. An der Art der Verwendung des Ausgleichsfonds müssen wir schärfste Kritik üben. Von diesem Fonds

werden beträchtliche Mittel für allerhand Zwecke, die mit dem Wohnungsbau nichts zu tun haben, verwendet. So bekam z. B. die Landespfandbriefanstalt 2 Millionen als Zwischenkredit, 10 Millionen kamen für landwirtschaftliche Bauten an das Landwirtschaftsministerium und schließlich wurden noch Millionen als staatliche Arbeitgeberdarlehen hergegeben. Das ist geradezu ein tolles Stück. Müssen staatliche Gelder dazu verwendet werden, damit wohlhabende Leute sich in Berlin 3. B. an der Heerstraße oder sonst wo Villen bauen? Die Grundzüge der Verwendung der Hauszinssteuer müssen gründlich revidiert werden. Die Revidierung muß eine Garantie dafür schaffen, daß in erster Linie der Wohnungsbau für die minderbemittelten Volksschichten finanziert wird und zwar so finanziert wird, daß schließlich auch diese minderbemittelten Volksschichten in den Neubauten wohnen können. Die jetzigen Zuschüsse sind viel zu hoch. Und dazu kommt dann schließlich noch eine Miete, die das Einkommen der Minderbemittelten weit übersteigt. Diesem Stand muß ein Ende gemacht werden; sonst braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wenn die Volksmassen für diese Sorte von Wohnungspolitik für die Bausituiereten nur Hohn und Spott übrig haben.

Was für den Staat gilt, gilt natürlich auch für die Gemeinden. Auch in ihnen fehlt es sehr stark an gutem Willen und an der nötigen Zusammenarbeit. Was wir in unserer Baugenossenschaft gemacht haben, wo wir die Mehrkosten für die Neubauten so umlegen, daß ein gewisser Ausgleich entsteht, und nicht die einen zu billig und die anderen zu teuer wohnen, das muß auch sonst möglich sein. Es gibt eine ganze Reihe von Mitteln, mit denen man den Wohnungsbau stärker und energischer als bisher im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung billiger gestalten kann; billiges Bauland muß bereitgestellt werden, die Anliegerbeiträge müssen gestundet werden, eine weitgehende Steuererleichterung z. B. bei der Grunderwerbsteuer und durch Erlass der Lohnsteuer usw. muß den Wohnungsbau verbilligen. In einer Reihe von Städten im Rheinland hatten die Sparkassen mehrstellige Hypotheken mit einem Zinssatz bis 6 Proz. zur Verfügung gestellt. Dieses Beispiel verdient Nachahmung. Dann muß natürlich der Realzins wieder aufgebaut und der Kampf gegen den Zinswucher viel schärfer als bisher geführt werden.

Den Mieterhaushalt hat man in den letzten Jahren schon so stark abgebaut, daß bald nicht mehr viel von ihm übrig sein wird. Die Mieter, die am 7. Dezember der Luther-Regierung in den Sattel hollen, machen jetzt ihre Erfahrungen; sie werden bei der nächsten Wahl ihre Rechnung schon präsentieren. Die Miessätze reichen jetzt schon durchaus für eine ordentliche Bewirtschaftung der Häuser. Stellenweise werden beträchtliche Ueberschüsse von den Hausbesitzern eingehelmt; über diese Dinge wird im Ausschuss noch eingehender zu reden sein.

Der Auswärtige Ausschuss.

Besprechung über Paktkonferenz.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags trat heute Vormittag zu einer Sitzung zusammen, um Stellung zu der Sicherheitspaktkonferenz zu nehmen. Außer dem Reichskanzler waren von der Regierung die Minister Stresemann, Brauns, Schiele und Neuhaus anwesend.

Zunächst sprach Stresemann über den Stand der Verhandlungen. Sodann nahmen das Wort Graf Westarp für die Deutschnationalen, Hermann Müller für die Sozialdemokraten und Raas für das Zentrum.

Die Beratungen dauern noch an. Da die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses nach der Verfassung „vertraulich“ sind, kann über den Inhalt der Besprechung nichts mitgeteilt werden.

Doch Locarno? Große oder kleine Delegation.

Die deutsche Antwort auf die Einladung zur Paktkonferenz wird den alliierten Kabinetten heute Nachmittag übergeben und wahrscheinlich Dienstag früh veröffentlicht werden. Die Konferenz dürfte am 5. Oktober beginnen, welches Datum auch in der deutschen Antwort genannt ist. Das Ausland scheint an Locarno als Tagungsort festzuhalten.

Erst aus der weiteren diplomatischen Unterhaltung zur Vorbereitung der Konferenz wird sich ergeben, ob für die deutsche Delegation ein größerer technischer Apparat nötig ist oder die zwei Delegierten mit zwei Beratern und ganz wenigen Begleitern ausreichen. Man nimmt an, daß dies der Fall sein wird, weil ja diesmal nicht große Wirtschaftsprobleme zu lösen sind, wofür Sachverständige und rasche Anfertigung von Denkschriften usw. nötig wären.

Keine Einberufung des Reichstags.

Ein kommunistischer Antrag abgelehnt.

Der Aeltestenrat des Reichstags beschloß sich in seiner heutigen Sitzung unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Dr. Nießer mit dem Antrag der kommunistischen Fraktion, das Plenum des Reichstags für die nächste Woche zu berufen. Der Antrag wurde mit der außerpolitischen Lage und mit der Preisensenkungsaktion der Reichsregierung begründet.

Alle anderen Parteien konnten jedoch zurzeit noch keinen Anseh zur sofortigen Berufung des Reichstags sehen. Die Sozialdemokraten befehlten sich vor, gegebenenfalls einen eigenen Antrag auf Einberufung des Plenums zu stellen, demnach bleibt es vorläufig bei dem vom Plenum selbst getroffenen Dispositionen, wonach der Reichstag etwa am 19. November wieder zusammentreten sollte.

Ekti-Parolen.

Plumpe Anbiederungsversuche an die Sozialdemokratie.

Der Ekti-Brief beginnt zu wirken. Die Berliner Organisation der KPD. wird anscheinend unter Kuratel gestellt. Die Wedding-Revolutionäre hatten nicht mit Unrecht einem hohen Ekti bescheinigt, daß sein plummes Vorgehen die Wahlausichten der KPD. bei der Berliner Stadtverordnetenwahl schwer beeinträchtigt. In der Tat sind die Gesichter der kommunistischen Stadtverordneten in der letzten Zeit ziemlich lang geworden. Von den Siegeshymnen, die früher angestimmt wurden, hört man nichts mehr. Bis auf drei sollen alle bisherigen kommunistischen Stadtverordneten fallen, weil der Ekti-Kurs neue Leute verlangt. Im Berliner Wahlkampf soll auf diesen Ekti-Kurs offenbar die erste Probe gemacht werden. Daß die bisherige Taktik der Kommunisten nicht nur ein schändlicher Arbeiterverrat, sondern auch ein sehr schlechtes Geschäft für die KPD. gewesen ist, haben die Moskauer Größen offenbar eingesehen und so vernehmen wir denn mit Staunen die neuen Parolen. Ein Geheimzirkular der Berliner KPD. verkündet folgende Richtlinien für den kommenden Stadtverordnetenwahlkampf:

1. Die zentrale Lösung des Wahlkampfes.

Von unserer Partei muß der Wahlkampf unter der zentralen, alles beherrschenden Leitung geführt werden: hinweg mit dem Bürgerblock, Schaffung einer Mehrheit aus KPD. und SPD., um die Grundlage zur Verwirklichung einer Reihe von Forderungen (s. Seite 6 bis 9 der Richtlinien) der Arbeiter zu schaffen. Jeder Arbeiter und Angestellte, der eine Garantie für die Verwirklichung seiner Forderungen für die energische Vertretung seiner Interessen will, muß durch Wahl von Kommunisten (!) dafür sorgen, daß der SPD. die Koalition mit den anderen bürgerlichen Parteien erschwert und unmöglich gemacht wird.

Wir müssen betonen und zwar scharf betonen, daß die KPD. bereit ist, mit der SPD. gemeinsam für die Durchführung einer Reihe von Forderungen zu kämpfen, die auch von der SPD. aufgestellt und von der großen Masse der werktätigen Bevölkerung als ihre Forderungen anerkannt werden.

Wir müssen vermeiden, immer wieder davon zu sprechen, daß wir die SPD. entlarven wollen. Wir wissen doch, daß die SPD. nicht mit uns gemeinsam für die Verwirklichung der Forderungen kämpfen wird. Gerade dadurch aber, daß

mit das Entlarvungsgehre einstellen.

und der SPD. ganz konkret vorschlagen, bestimmte Forderungen mit uns zu verwirklichen, werden wir große Erfolge erzielen (!) Der Wahlkampf muß vom ersten Augenblick an mit aller Kraft unter diesem Eindruck stehen. Das schließt nicht die Kritik an der arbeitserfeindlichen Politik der SPD. aus, es stellt aber unsere positiven Lösungsvorschläge in den Vordergrund und damit wird praktisch eine wirkliche Entlarvung der SPD. erzielt.

2. Die Listenverbindung.

Damit keine Stimme der Arbeiter verloren geht, tritt die KPD.-Organisation Berlin an die SPD. mit dem Vorschlag heran, eine Listenverbindung zwecks Zählung der Reststimmen mit der KPD. in Berlin und allen Verwaltungsbezirken einzugehen.

Die Bezirksleitung Berlin der KPD. wird beauftragt, sich an die Bezirksleitung Berlin der SPD. mit einem in sachlicher Form (!) gehaltenen Vorschlag zu wenden. Eine Mitteilung, daß es geschehen ist, ist in der Presse zu veröffentlichen. Der Brief der KPD. ist erst mit der Antwort der SPD. zu veröffentlichen. Natürlich muß Druck gemacht werden, daß diese Antwort schnell erfolgt.

Die Bezirksleitung der KPD. muß außerdem auch das Herantreten unserer Vertretungen an die SPD. in den Verwaltungsbezirken ganz einheitlich organisieren. Die Initiative in dieser Frage wird uns vor der Arbeiterschaft eine starke Position geben, gleichgültig, ob die SPD. annimmt oder ablehnt.

3. In den Vordergrund des ganzen Wahlkampfes müssen die täglichen Fragen gestellt werden, wie sie Seite 6 bis 9 formuliert sind. Die allgemeinen großen politischen Aufgaben (Df. oder Westorientierung, Dawes-Pakt usw.) dienen in dem Stadtverordnetenwahlkampf dazu, um den Arbeitern die Zusammenhänge und Bedeutung der anderen Fragen verständlicher zu machen und unsere Linie herauszuarbeiten.

Besond. muß auch sehr stark werden, daß eine große Stadtverwaltung wie Berlin sehr wohl in der Lage ist, sofort (!) eine große Anzahl Erleichterungen für die Arbeiterklasse zu schaffen, wenn die Arbeiter die jetzt bestehende Mehrheit brauchen und dafür sorgen, daß die SPD.-Fraktion keine Koalition mit den anderen bürgerlichen Parteien eingeht.

Die von der Bezirksleitung vorgeschlagenen Richtlinien sind in ihrem allgemeinen Teil in diesem Sinne umzuarbeiten.

Die Bezirksleitung faßt die in Frage kommenden Beschlüsse. Die Wahltagung in Versammlungen, in Flugblättern, Plakaten und Presse ist ganz einheitlich, ohne Schwankungen (!), in diesem Sinne zu führen.

Die Bezirksleitung trägt die Verantwortung für die Durchführung dieser politischen Linie.

Das also ist des Pudels Kern! Vier Jahre lang haben die Kommunisten im Rathaus die wüßteste Radikaltaktik getrieben. Sie haben durch den Abbau der sozialdemokratischen Stadträte dem Bürgertum zur Mehrheit im Magistrat verholfen, sie haben die Annahme eines jeden Etats mit allen Mitteln zu hindern versucht, sie haben niemandem auch nur das geringste Interesse für die städtischen Finanzen und für die kommunale Wirtschaft an dem Tag geliegt. Ihr ganzes Treiben war diktiert von der Sehnsucht, die Sozialdemokraten zu „entlarven“. Jetzt

Die Kredite der Landespfandbriefanstalt. Haftbefehl gegen Lüders beantragt.

Im weiteren Verlauf der Vormittagsitzung beantragte Staatsanwaltschaftsrat Zimmermann auf Grund der schweren Beschuldigungen des Angeklagten v. Ehdorff, den Erlass eines Haftbefehls gegen den Angeklagten Direktor Lüders wegen des Verdachtes der passiven Bestechung. Der Vorsitzende richtete zunächst an v. Ehdorff noch einmal die Frage, ob er auf Ehre und Gewissen bei seinen Behauptungen bestehen wolle, worauf v. Ehdorff erwiderte: „Ja wohl, ich muß das.“

Auch die Angeklagten von Karstedt und von Carlomich erhoben die Behauptung daß Lüders von ihnen Vorteile verlangt habe mit der Begründung, er wolle nicht ewig Beamter bleiben, sondern sich ein kleines Gut kaufen und zur Ruhe setzen. Bei Schluß des Berichts lag eine Entscheidung des Gerichts noch nicht vor.

Der Weg zum Abschluß geebnet.

Heute Ueberreichung der deutschen Antwort.

Paris, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Ueberreichung der deutschen Antwort auf die Einladung zur Ministerkonferenz, die für Freitag abend angekündigt war, ist auf heute verlagert worden. Die französischen Blätter stellen mit Befriedigung fest, daß durch die Annahme der Einladung durch Deutschland der Weg zum Abschluß des Garantiepaktes geebnet sei. Der Sonderkorrespondent des „Matin“ meldet seinem Blatt aus Berlin, daß gegenwärtig die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und den Alliierten als beseitigt gelten könnten, so insbesondere die Kontroverse über den Charakter der Schiedsgerichtsverträge. Die juristischen Sachverständigen hätten in London eine Kombination zwischen den Auffassungen beider Länder gefunden, die eine gewisse Freiheit den vertragsschließenden Parteien lasse. Sie hätten im Laufe ihrer Besprechungen festgestellt, daß Schiedsgerichtsbarkeit und Ausgleichsverfahren, soweit es sich um Mitglieder des Völkerbundes handelt, die die Vermittlung des Genfer Provisoriums anrufen, sich nicht widersprechen. Auch lege man sich in Deutschland Rechenschaft darüber ab, daß es nicht möglich sein werde, die sofortige Revision der bestehenden Verträge zu erzielen. Aber wenn Frankreich eine rechtliche Abänderung der Verträge nicht zulassen werde, so könnte eine liberale Auslegung der einzelnen Bestimmungen zum gleichen Ziele führen; so z. B. könne Frankreich die Dauer der Rheinlandbesetzung nicht abändern, aber es könnte ihr wieder einen vollkommen anderen Charakter geben. Frankreich könne weiterhin auf die Abstimmlung im Saargebiet formell nicht verzichten, aber es könne in Uebereinstimmung mit dem Völkerbund dort ein Parlament entstehen lassen. Ähnlich verhalte es sich mit den Kolonialmandaten. Frankreich wolle zwar Deutschland die Kolonien nicht zurückgeben, es sei aber in der Lage, die Beschlüsse des Völkerbundes in diesem Sinne zu beeinflussen.

Vorläufiger Charakter der Verhandlungen.

London, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Von amtlicher Seite wird entgegen den deutschnationalen Behauptungen, daß die Ministerkonferenz nur „vorläufigen Charakter“ besitzt und später eine Hauptkonferenz folgen soll, ausdrücklich erklärt, daß für diese Auffassung nicht der geringste Anlaß vorhanden ist, und vom britischen Standpunkt aus eine abschließende Konferenz unbedingt erwünscht ist. Man stellt sich den Gang der Verhandlungen so vor, wie er während der Londoner Konferenz, wo das Ergebnis der Beratungen in positive Form gegossen wurde und eine vorläufige Ratifikation erfolgte, der später die endgültige Zustimmung der Parlamente folgte. Das gleiche Verfahren dürfte nach englischer Auffassung auf der Ministerkonferenz Anwendung finden. — Damit erweist sich die deutschnationale Behauptung von den Vorordnungen wieder einmal als aufgelegter Schwindel.

London, 26. September. (W.B.) „Times“ schreibt in einem Leitartikel: Die Annahme der Einladung zur Zusammenkunft der britischen, französischen, belgischen und italienischen Außenminister durch Deutschland war zwar zu erwarten, ist aber deshalb nicht mit weniger aufrichtiger Befriedigung aufgenommen worden. Die deutschnationale Partei, die die laute Opposition gegen die ganze Idee des Sicherheitspaktes geführt hatte, ist im Rückzug stark vertreten. Der Kabinettsbeschluss ist somit ein nationaler im weitesten Sinne. Man muß Deutschland dazu beglückwünschen, daß es der Verlockung widerstanden habe. Ein Beharren auf den früheren Vorbehalten, die seinerzeit vorausgesetzt wurden, würde die Atmosphäre des Vertrauens gestört haben, die bei der Eröffnung der Konferenz herrschen sollte und könnte, und würde Deutschland keinen entsprechenden Gewinn bringen. Im Gegenteil, die anderen Teilnehmer würden dann notwendigerweise einen gewissen Argwohn darüber hegen, was sich hinter den Vorbehalten verbergen könnte. Die Verhandlungen werden also auf der Grundlage des ganzen veröffentlichten schriftlichen Meinungsaustausches zwischen Deutschland und Frankreich beginnen.

Bzüglich eines Punktes empfiehlt es sich schon jetzt, eine feste Sprache zu führen. Deutschland scheint weiterhin hartnäckig an dem Gedanken festzuhalten, daß ihm, wenn es Mitglied des Völkerbundes wird, besonders günstige Bedingungen in bezug auf Artikel 16 des Völkerbundesgesetz gewährt werden müssen. Der Völkerbund hat diese Forderung bereits endgültig verworfen. Er hat die angemessene Entscheidung getroffen, daß es keinem einzelnen Staat gestattet werden kann, sich Vorrechte vorzubehalten, die anderen Mitgliedstaaten verweigert werden. Was aber der Völkerbund in seiner Gesamtheit bereits verweigert hat, das können oder darf kein einzelner Staat verweigern. Die Mitglieder der Alliierten nicht gewähren. Hierzu haben sie wieder das Recht und die Macht. Es ist daher dringend zu hoffen, daß diese Frage auf der Konferenz nicht aufgeworfen werden wird. Außerdem würde ein Beharren auf dieser Forderung eine völlige Verleugnung des Charakters des Völkerbundes bedeuten. Dies würde eigentlich auch zwecklos sein, da die Alliierten, als sie den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als eine notwendige Ergänzung zur deutschen Unterwerfung unter den Völkern bezeichnen, doch den Eintritt nicht zu einer Vorbedingung gemacht haben. Kein Zweifel aber kann darüber bestehen, daß Deutschland, wenn es eintritt einen angemessenen Platz als ständiges Mitglied des Rates erhalten wird. Aber auch in diesem Falle liegt die Befugnis für diese Regelung lediglich beim Völkerbund selbst.

Auch über den Charakter der Schiedsverträge, auf deren Abschluß man hofft, haben sich im Laufe des Notenwechsels Meinungsverschiedenheiten ergeben. Diese hier bestehenden Schwierigkeiten sollten aber doch geregelt werden können. Die Ausschüsse für eine allgemeine und endgültige Vereinbarung sind sicher günstig. Die Vorteile, die dann erwachsen würden, sind so groß und so klar, daß ein Scheitern nahezu undenkbar ist. Ein solcher Gewinn wird sich in seiner Auswirkung nicht nur auf Zentral-Europa beschränken. Es kann vertrauensvoll erwartet werden, daß die Vertreter Polens und der Tschechoslowakei bei der Zusammenkunft der Außenminister anwesend sein werden und entweder gleichzeitig oder anschließend Verhandlungen führen werden. Der Sicherheitspakt soll also die Einleitung für die Bemühungen einer konstruktiven Konsolidierung Europas sein.

Herabsetzung des Brotpreises in London. Die Londoner Bäcker haben beschlossen, wegen des Rückganges der Mehlpreise den Brotpreis am Montag um 1/2 Pence auf 2 1/2 Pence zu ermäßigen.

Bodenreform und Gemeindepolitik.

Anlässlich der Berliner Stadtverordnetenwahlen hat die Organisation der Bodenreformer sich an alle Parteien gewandt und ihnen ihre bekannten bodenreformatorischen Forderungen mit der Bitte um Rückübernahme überreicht.

Die Antwort der Sozialdemokratie

an die Bodenreformer hatte folgenden Wortlaut:

„Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat in ihrer bisherigen Tätigkeit nicht nur die von Ihnen aufgestellten 13 Forderungen unterstützt, sondern auch mit ganzer Kraft vertreten. Wir weisen darauf hin, daß die meisten der aufgestellten Forderungen im sozialdemokratischen Kommunalprogramm festgelegt sind und schon aus diesem Grunde nicht nur von den sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlins, sondern im ganzen Reich mit Nachdruck vertreten werden. Weiter weisen wir noch darauf hin, daß innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion, sowohl in der alten wie bei der Aufstellung der neuen Kandidaten, eine ganze Reihe hervorragender anerkannter Fachleute der Bodenreform, des Siedlungswesens und der Baugesellschaften in ausführender Stellung für die Stadtverordneten-Tätigkeit zur Verfügung gestellt sind. Schon diese Tatsache dürfte Ihnen die Gewähr bieten, daß die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion Sie in Ihren Bestrebungen nach außerordentlich dankbar sein, wenn Sie dazu beitragen würden die neue Stadtverordnetenfraktion so zusammenzusetzen, daß nicht nur bestehende Ansätze, sondern Ihr ganzes Programm, das in den 13 Punkten niedergelegt ist, zur Durchführung kommen könnte. Die uns zugehenden Exemplare Ihrer Forderungen haben wir an die Berliner Bezirke verteilt und den Bezirken Mitteilung dahin zukommen lassen, daß auch in den Bezirken so weit wie möglich mit aller Kraft für diese Forderungen eingetreten wird.“

In der Tat finden die Forderungen der Bodenreformer, die sich auf eine vernünftige kommunale Bodenpolitik und eine Förderung

Volksgesundheit und Zölle.

Die Partei veranstaltete in Schöneberg, in der Hohenzollernstraße, Belgier Straße, eine Versammlung, in der Genossin Dr. A. Böhm Frankenthal über die gesundheitsschädlichen Folgen der Zolltarifvorlage sprach. Sie wies darauf hin, daß die medizinischen Sachverständigen der Regierung, die den Verhandlungen in den vorbereitenden Ausschüssen beizuhören, auch nicht ein einziges Mal auf die schädlichen Folgen der mit der Zollvorlage verbundenen Preisverteuerung hingewiesen haben. Die preisverteuernde Wirkung muß zu einer Einschränkung der Lebenshaltung des Volkes führen und selbstverständlich für die Gesundheit die allerschädlichsten Folgen haben. Es ist mit allergrößter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Proletarierkrankheit, die Tuberkulose, wieder in größerem Maße als bisher in die Wohnungen der Arbeiter ihren Einzug halten wird. Aber auch auf die Heilung von Krankheiten wird die Zolltarifvorlage nicht ohne Wirkung bleiben, da sie besonders die billigen Heilmittel sehr stark mit Zöllen belastet. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß auch die Vorbeugungsmassnahmen durch die Zollvorlage erschwert sind. Es müßte doch eigentlich jede Person ein Bett haben. Aber die Anschaffung von Bettstellen wird dadurch erschwert, daß auf die Rohmaterialien für die Herstellung hohe Zölle gelegt sind und daß das verteuert wird. Die Anschaffung von Kleidung wird verteuert, auch die Reinigungsmittel, Seife usw. müssen nach dem Zolltarif im Preise steigen. Reichlicher Beifall lohnte die interessanten und ausgezeichneten Ausführungen der Vortragenden.

„Was muß man von Berlin wissen?“

Er hat's gesagt — aber anders!

Wir hatten in Nr. 447 vom Dienstag, den 22. September, unter dem Titel: „Was muß man von Berlin wissen?“ über eine Bezirksverammlung in Charlottenburg berichtet. Darin war auch eine Aeußerung des Bezirksverordneten Regierungsbauamteisters W. Becker erwähnt worden. Herr Becker sendet uns „auf Grund des Pressegesetzes“ eine Berichtigung, die den pressegesetzlichen Anforderungen zwar nicht entspricht, auf die wir aber dennoch eingehen wollen.

Herr Regierungsbauamteister und Bezirksverordneter Becker legt Wert darauf, zu betonen, daß er nicht der deutschnationalen Partei, sondern der Deutschen Volkspartei angehört. Beide Parteien gehören in Charlottenburg der vereinigten bürgerlichen Fraktion an. Sie haben sich in Worten und Taten bisher nicht im geringsten von einander unterschieden und immer in vollster Einmütigkeit die Interessen der Wohnenden vertreten. Herr Becker, der sich dagegen wehrt, den Ausdruck „Quatsch“ anlässlich einer Debatte als Schmähwort gebraucht zu haben, hat die parlamentarische Technik nicht gerade immer geschickt beherrscht. Seine Veruche, sich auf parlamentarischen Boden zu bewegen und einige Sicherheit zu erlangen, erlitten sich auf verhältnismäßig kurze Zeit, sonst hätte er, wie er selbst zugibt, auch in einer persönlichen Unterhaltung mit seiner Nachbarin die lakonische Bemerkung „Quatsch“ unterlassen müssen. Die Bemerkung war übrigens so laut, daß sie von der gesamten Linken des Hauses verstanden wurde. Wenn die übrigen Mitglieder der Versammlung ernst darüber berieten, wie man in Zukunft die auf der Baustelle der städtischen Elektrizitätswerke in großer Zahl vorgekommenen Unfälle verhüten kann, so sollte Herr Regierungsbauamteister und Bezirksverordneter Becker auch seine in persönlichen Aussprachen zum Ausdruck gebrachten Empfindungen geschmackvoller gestalten. Insbesondere ist ihm zu raten, in Zukunft weniger laut zu reden, es wird ihm dann manche Unannehmlichkeit erspart bleiben.

„Freies Volk.“

Ein neuer Film wird geschaffen, der weit über der üblichen Filmproduktion steht. Er bringt nicht sentimentale Liebesgeschichten und verlogene Salonromane, er zeigt, das Volk, das an seiner Befreiung aus den erstickenden Armen kapitalistischer Unternehmer arbeitet. Dieser Film kennt keine Gefühlsduselei, er ist der Ausdruck des Volkswillens, er zeigt das Volk feuchtbar und entschlossen, sich seine Freiheit zu erzwingen. Gerade heute, da sämtliche Mächte in der Unterdrückung der arbeitenden Klasse einig sind, will dieser Film aufrütteln, will vor Augen führen, über welche Macht ein Volk verfügt, wenn es nur will. „Freies Volk“ ist ein proletarisches Kunstwerk, das ausklingt in dem Freiheitsruf: „Proletariat, aller Völker vereinigt Euch!“

Männer, Frauen und Kinder der Arbeiterklasse, die morgen, Sonntag, den 27. September, Zeit und Lust haben, an einer Filmmasnahmenahme mitzuwirken, werden dringend ersucht, um 9 Uhr vormittags am Gelände der Ja-Film-Gesellschaft in Schloß Schönholz, sich einzufinden. Fahrverbindung: Vorortbahn bis Bahnhof Schönholz ab Steintiner Bahnhof oder Straßenbahn Linien 28, 29 und 35. Es wird gebeten, rote Fahnen mitzubringen.

Abfahrt der japanischen Europafieger.

Nach achtägigem Aufenthalt in Berlin starteten heute Vormittag um 10 Uhr die beiden japanischen Europafieger Ube und Kashiwa nach Straßburg. Fast die gesamte japanische Kolonie war erschienen. Die Abschiedsrede hielt an Stelle des nach Rom gereisten Botschafters Houda der Botschaftsrat Ito. Nachdem die japanischen Flieger Berlin umkreist hatten, entschwanden sie schnell den Blicken. Der Aufenthalt in Berlin, der ursprünglich nur auf

des Wohnungsbaues erstreckt, nur bei der Sozialdemokratie energische Unterstützung. Wie fanatisch die Gegner der Rechtsparteien gegen jede vernünftige Bodenpolitik der Gemeinden ist, zeigt z. B.

ein wütender Angriff der „Deutschen Tageszeitung“ auf die Bestrebungen der Stadt Berlin, die Uferflächen der Berlin zahlreich umgebenden Seen zu Freiflächen zu erklären und der Bebauung durch private Eigentümer zu entgegen. Unter dem sehr charakteristischen Titel „Robbene Enteignung“ schreibt sie, nach einer heftigen Schimpfkanonade gegen die Erhebung von Anliegebeiträgen folgendes:

„Diese Sachlage in Verbindung mit der jüngst gemeldeten geheimen Enteignung der Wasseranleger an den Berliner Gewässern durch Bezirksämter löst mit aller Deutlichkeit erkennen, daß der Grundbesitz auch ohne die berühmte Bodenreform sozialer auf kollektiven Wege enteignet werden kann und in der Tat enteignet wird. Wenn wenigstens die andere Seite, die diegenannte und fast immer falsch verstandene öffentliche Wohlfahrt davon Nutzen hätte. Aber daran ist nicht zu denken. Wenn an einer Stelle sogenannte Freiflächen durch Enteignung gewonnen werden, so wird an anderer Stelle das Vielfache an Raum in natürlichen Freiwald und Wald vernichtet. Und wenn die Baustellen für den bisherigen Eigentümer wertlos werden, so sind sie für den Nachfolger dennoch vermehren belastet, daß sich für einen Privatmann das Bauen von selbst verbietet. Dieses unfruchtbare und wertverzerrende System bezeichnet man wohl gar als Wiederaufbau und Förderung des öffentlichen Wohles.“

Mit genau demselben Fanatismus werden von den Rechtsparteien auch alle Bestrebungen der Kleingärtner auf Umweitung von Kleingartengrundstücken im Rahmen der städtischen Bebauungspläne bekämpft. Eine moderne Kommunalverwaltung wird infolgedessen immer gezwungen sein, ihren Willen gegen den Widerstand der Rechtsparteien durchzusetzen. Sie wird sich letzten Endes nur auf starke sozialdemokratische Fraktionen stützen können, wenn sie im Interesse der Volksgesundheit fortschrittliche Maßnahmen durchführen will.

zwei Tage berechnet war, wurde nicht nur durch die Reparatur der Motoren verlängert, — die Ersatzteile mußten aus Paris beschafft werden, — sondern auch durch das Interesse, das die Japaner dem deutschen Flugwesen entgegenbrachten. Mehrmals besichtigten sie die Luftwerk in Staaken und ließen sich mit allen Einzelheiten des deutschen Flugzeugbaus vertraut machen. Ihr größtes Interesse erregte der Nachflug Berlin-Hamburg. Nach Versicherungen Abes gedenkt eine japanische Luftschiffahrtsgesellschaft eine Nachlinie Osaka-Tokio in kürzester Zeit einzurichten.

Ermäßigung von Frachttarifen. Im Zuge der Präsidentschaftsaktion gewährt die Reichsbahn eine zehnprozentige Frachtermäßigung für die Beförderung von Lebewaren, Seidenpräparaten, Feld- und Gartenfrüchten, Seefischen, Seemuscheln, Butter, Schmalz, Margarine, Fette und Öle, Dörrrüben, Dörräpfeln, Käse, Brot, Heringe und Kartoffeln. Die Tarife für Fleisch und Vieh sind, so wird erklärt, bereits so niedrig, daß sie nicht weiter herabgesetzt werden könnten.

Untergang eines amerikanischen U-Bootes.

Siebenunddreißig Mann ertrunken.

Das amerikanische U-Boot S. 51 sank, nach einer Meldung aus New York, gestern abend 7 Uhr infolge eines Zusammenstoßes mit dem Dampfer „City of Rome“ zwanzig Meilen östlich von Vah Island. Es wird angenommen, daß 37 Mann der Besatzung ertrunken sind. Der Dampfer rettete drei Mann.

Unfälle ausländischer Militärflieger.

Rom, 26. September. (W.B.) Das Flugzeug, in dem der Unterstaatssekretär des Luftwesens General Bonzano heute den Luftmanövern bei Ancona beizuwohnen, mußte infolge einer Motorpanne mit größter Geschwindigkeit niedergehen. Einige Meter vom Erdboden entfernt stürzte es plötzlich ab. Es wurde vollständig zerstört. Der Unterstaatssekretär und der Pilot blieben jedoch unversehrt. Bonzano nahm gleich auf einem anderen Flugzeug Platz und setzte seinen Flug fort.

London, 26. September. (W.B.) Bei der britischen Luftkriemacht haben sich in den letzten 11 Tagen 10 tödliche Unfälle ereignet.

Die Leichenfindung im Dresdener Krematorium.

Dresden, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Vor einiger Zeit ereigneten Meldungen über Leichenfindungen im städtischen Krematorium großes Aufsehen. Die angeordnete Untersuchung hat zur Verhaftung und Anklage gegen zwei Heizer geführt, die sich vor dem Schöffengericht zu verantworten hatten. Es handelt sich um den Hilfsheizer Frenzel und den Heizer Hüffel, die in rund 2 Dutzend Fällen Gold- und Platin aus der Asche von Leichen ausgefischt und verwahrt haben. Das Urteil lautete gegen Frenzel auf 6 Monate Gefängnis, während sein Helfershelfer mit einem Monat davon kam. Ein Händler, der der Heizererei beschuldigt war, mußte infolge Mangels an Beweisen freigesprochen werden.

Bergmanns Tod.

Essen, 26. September. (W.B.) Auf der Zeche Mathias Stünes Schacht 1 und 2 ereignete sich gestern nachmittags ein Unglück bei dem ein Bergmann getötet und ein anderer schwer verletzt wurde. Die Ursache des Unglücks konnte noch nicht festgestellt werden.

Arbeitersport.

Boxkampfabend in Moabit.

Im Moabiter Gesellschaftsclub fand gestern ein großer Boxkampf der Berliner Arbeitervereine statt. Veranstalter wurde er von dem Sportklub „Siegfried“, Mitglied des A.D.D. Unter den neun Kämpfen sah man neben dilettantischen auch technisch hochstehende Leistungen. Interessant war ein Kampf zwischen Stajzenberg („Deutsche Eiche“) und Wintler („Siegfried“), den Stajzenberg nach Punkten gewann. Beide Kämpfer zeigten ruhige Ueberlegenheit und Beherrschung der Technik. Nur ein Kampf zwischen den Leichtgewichtigen Schent („Rohdost“) und Jichaler („Siegfried“) wurde in der 4. Runde durch K. o. Schents beendet. Die Kämpfe fanden nach den Regeln des Arbeiterathletenbundes statt: mit 8 Unzen Handschuhen, weichen Bandagen und 5 Runden zu 2 Minuten. Der Beifall war fast. Vor allem muß bemerkt werden, daß mit (einer Ausnahme) durchaus fair gekämpft wurde.

Bekanntmachung des Reichs-Vereins der Arbeitervereine. Die vom Bundes- und Landesrat der Arbeitervereine am 27. September im Stadion Brunnengasse 11. Bezirk, am Sonntag, den 27. September, im Stadion Brunnengasse 11. Bezirk, die besten Spieler ermittelt werden, welche ab am 11. Oktober in Köln an die Gemeindefestlichkeiten teilnehmen. Die Sieger im voraus zu bestimmen, ist bei der Bestimmung der Reihen sehr schwer. Wenn auch bei den Herren Wettbewerben noch nach manche Ueberwindung sein. Zum Ansetzen gelangen die sozialistischen Städte über 1. 10. Oktober, der Schloß, Mühl- und Brunnengasse, Eintritt zum Stadion 50 Pf. Ansetzen der Spieler um 1 Uhr, Beginn 2 Uhr.

Das Programm der Arbeitervereine der Arbeitervereine. Die Arbeitervereine sind am Sonntag, den 27. September, im Stadion Brunnengasse 11. Bezirk, die besten Spieler ermittelt werden, welche ab am 11. Oktober in Köln an die Gemeindefestlichkeiten teilnehmen. Die Sieger im voraus zu bestimmen, ist bei der Bestimmung der Reihen sehr schwer. Wenn auch bei den Herren Wettbewerben noch nach manche Ueberwindung sein. Zum Ansetzen gelangen die sozialistischen Städte über 1. 10. Oktober, der Schloß, Mühl- und Brunnengasse, Eintritt zum Stadion 50 Pf. Ansetzen der Spieler um 1 Uhr, Beginn 2 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Das Interesse der Allgemeinheit. Zwei Entscheidungen eines Schlichters.

Der Schlichtungsausschuss Straßund hat auf Antrag des Deutschen Holzarbeiterverbandes zwei Schiedsprüche gefällt. Durch die Schiedsprüche wird der Arbeiterchaft des Holzgewerbes in Straßund und in Anklam Erholungsurlaub zugesprochen, wie er im Holzgewerbe im allgemeinen üblich ist. In beiden Fällen lehnen die Arbeitgeber die Schiedsprüche ab, weil sie einen Urlaub grundsätzlich nicht zugestehen wollen. Der Schlichter in Stettin hatte nun in den beiden gleichartigen Fällen über die beantragte Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche zu entscheiden. Die beiden Entscheidungen lauten wie folgt:

Entscheidung für Straßund.

„Da im vorliegenden Falle die Parteien nicht über die Dauer des Urlaubs streiten, sondern über die grundsätzliche Frage, ob überhaupt Urlaub zu gewährt ist oder nicht so wird über den Rahmen der vorliegenden Streitigkeit hinaus das Interesse der Allgemeinheit berührt.“

Im Interesse der Allgemeinheit liegt es, daß entsprechend der in Handel, Gewerbe und Industrie allgemein bestehenden Regelung im Rahmen des wirtsch. allg. Möglichen den Arbeitnehmern es in gewissen Umfang ermöglicht wird, Urlaub zu erhalten. Es liegt dies auch im Interesse der Arbeitgeber, da durch den Urlaub, der erst nach einer gewissen Zeit gewährt wird, in den meisten Fällen, wie auch in dem vorliegenden, sich mit längerer Beschäftigungsdauer erhöht, die Grundlage für eine längere Arbeiterchaft gelegt wird.

Die Dauer des vom Schlichtungsausschuss vorgeschlagenen Urlaubs entspricht durchaus der im Gewerbe üblichen und bleibt nicht unerheblich hinter den in anderen Gewerben bestehenden Regelung zurück.

Der Schiedspruch entspricht daher der Billigkeit. Da nach dem Vorstehenden aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen das Allgemeininteresse eine Durchführung erfordert, ist die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches erfolgt.“

Entscheidung für Anklam.

„In der Schlichtungssache des deutschen Holzarbeiterverbandes Gau II, Stettin, mit dem Arbeitgeberverband Anklam bin ich nicht in der Lage, dem von den Arbeitnehmern gestellten Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches des Schlichtungsausschusses Straßund vom 10. September 1925 zu entsprechen, da die mündliche Verhandlung nicht mit genügender Sicherheit ergeben hat, daß ein Interesse der Allgemeinheit, in die vorliegende Streitigkeit durch staatliche Entscheidung im Wege der Verbindlichkeitsklärung einzugreifen, besteht.“

Also in zwei gleichen Fällen zwei entgegengesetzte Entscheidungen desselben Schlichters. Allerdings, die Entscheidung für Straßund ist im September 1924 getroffen, die andere, Anklam betreffend, im September 1925. Der Urlaub ist heute im Holzgewerbe ganz allgemein tariflich festgelegt, mit Ausnahme von einigen pommerischen Orten. Aus diesem Grunde wurde der Schiedspruch vom Schlichtungsausschuss Straßund für Anklam einstimmig gefällt; und dennoch Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung.

Die Aktennotiz des Herrn Dr. Meißinger über die Instruktionssunde des Herrn Dr. Siggler mit den Schlichtern in Kassel scheint den Schlüssel zur Erklärung der Entscheidung im September 1925 zu liefern.

Lohnbewegung der Lederwarenarbeiter.

In einer gutbesuchten Vollversammlung der Lederwarenarbeiter der Reiseartikelbranche am Freitag im Gewerkschaftshaus berichtete Branchenleiter Schüttke über das Ergebnis der Lohnverhandlungen.

Die Mitglieder der Branche hatten ihre Organisation, den Verband der Sattler und Portefeuliers, beauftragt, mit den Unternehmern in Verhandlungen zu treten und eine Erhöhung der bestehenden Löhne um 25 Proz. zu verlangen. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung rundweg ab mit dem Hinweis auf die sojamm bekannte „Preislenkungsaktion“ der Regierung und ihre schlechte Geschäftslage. Daraufhin wurde von der Organisation der Schlichtungsausschuss angeregt. Dieser fällt am 22. September unter Vorsitz des Gewerkeleiters Körner einen Schiedspruch, nach dem sich der Tariflohn von 82 auf 90 Pf. erhöht. Die Löhne und Akkorde, die bereits über dem neuen Tariflohn liegen erhöhen sich um 4 Proz., alle darunterliegenden um 10 Proz. Der Schiedspruch gilt vom 18. September bis 17. Dezember mit 14tägiger Kündigungsfrist.

In der sehr regen Diskussion wandten sich fast alle Redner gegen die Annahme des Schiedspruches, weil er nicht im entferntesten der gestellten Forderung und der Teuerung entspricht. Die Abstimmung ergab auch nur eine ganz knappe Mehrheit für die Annahme des Schiedspruches. Die Erklärung der Unternehmer zu dem Schiedspruch steht noch aus.

Streik im Expeditionsgerwerbe?

Am Freitag haben zwischen dem Deutschen Verkehrsband und dem Verein Berliner Speditoren Lohnverhandlungen stattgefunden. Die Speditorenarbeiter hatten die Erhöhung ihres Wochenlohnes von 41 auf 55 M. gefordert, welcher Lohn etwa dem Schwerfuhrerlohn entspricht. Nach langem Verhandeln erklärten sich die Unternehmer bereit, den Lohn von 41 auf 45 M. erhöhen zu wollen. Die Organisationsvertreter gingen mit ihren Forderungen bis auf 49 M. herunter, erklärten aber, an dieser Forderung unbedingt festzuhalten. Die Unternehmer gingen aber von ihrem Angebot nicht ab und begründeten ihre Stellungnahme wie üblich mit der schlechten Geschäftslage usw. An dieser Hartnäckigkeit der Unternehmer scheiterten die Verhandlungen.

Eine Funktionärerversammlung nahm am gleichen Tage zu der Situation Stellung und beschloß einstimmig, das Angebot der Unternehmer als völlig ungeeignet abzulehnen und die endgültige Entscheidung der Vollversammlung am Montag zu überlassen. Die Organisation hat heute noch einmal die Speditoren auf den Ernst der Lage hingewiesen und die Bereitwilligkeit zu noch-maligen Verhandlungen erklärt, die aber spätestens im Laufe des Montag stattfinden müssen, damit deren Ergebnis der Vollversammlung unterbreitet werden kann. Sollten die Unternehmer auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren, so ist mit aller Bestimmtheit mit dem Ausbruch des Streiks am Dienstag früh zu rechnen.

Eine unangenehme Tatsache.

Zu dem Delegiertenrummel, den die SPD. veranstaltet, um ihren Bankrott zu verschleiern, gehört es, in allen Gewerkschaftsversammlungen Anträge stellen zu lassen, einen „Delegierten“ zur Berichterstattung zuzulassen und neue „Delegierte“ nach Rußland zu schicken. Die Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter hat dazu gewisse Bedingungen gestellt, die Moskau nicht in den Kram passen. Da der uns zugewandene Bericht gerade in diesem Punkte ungenau war, hat Genosse Ulrich in einer Fußnote erklärt, daß er selbstverständlich in seiner Erklärung des Antrags der Dissoziation nicht das Gegenteil sagen konnte von dem, was der Antrag klar und deutlich selbst verlangt.

Die „Rote Fahne“ regt sich darüber küßlich auf. Sie tut so, als sei Ulrich vor den „SPD.-Oberbozzen“ umgefallen. Man sucht bekanntlich niemanden hinter einem Buch, hinter dem man nicht selbst gestanden hat. Da die Backulken der „Roten Fahne“ gewohnt sind, nach den Anordnungen der „Oberbozzen“ einzuschwenken, nehmen sie an auch andere Leute seien nur Lakaien. Aber nehmen wir nur den Wortlaut der Entschlüsselung selbst — und der allein ist schließlich maßgebend. Da heißt es wörtlich, daß... die Regierung von Sowjetrußland sich bereit erklärt, die Delegation der Metallarbeiter Deutschlands keine Reiseroute vorzuschreiben und der Delegation das Recht einzuräumen, ihre eigenen Dolmetscher in Deutschland zu wählen und nach Rußland mitzunehmen. Wenn die Delegation auswählt wird, darüber hat sich die Generalversammlung nach keiner Richtung hin gebunden, am allerwenigsten gegenüber den Bolschewisten. Mit dieser Tatsache wird sich Moskau abfinden müssen — wenn es wirklich eine Delegation der Metallarbeiter wünscht.

Im Reichen der Zeit.

Wie die Konjunktur-Korrespondenz berichtet, ist die Inangriffnahme des Baues des Shannon-Kraftwerks durch die Firma Siemens u. Schudert in Irland durch einen Lohnkonflikt verzögert worden. Die irische Arbeiterchaft hat das Lohnangebot von Siemens u. Schudert auf 8 Pence abgelehnt und fordert 1 Schilling 1 Pence. Bis jetzt ist keine Einigung erzielt worden, so daß die Aufnahme der Arbeit noch nicht erfolgen konnte. Wie irische Zeitungen melden, haben die irischen Arbeiter erklärt, daß sie auf keinen Fall das Lohnangebot annehmen würden und der Firma empfehlen, zu diesen unerhörten Sätzen deutsche Arbeiter anzuwerben.

Dieser Seitenhieb ist zwar direkt gegen die Firma Siemens u. Schudert gerichtet, allein er trifft auch die deutschen Arbeiter, die man im Ausland schon in der Rolle sieht, wie sie in Deutschland früher die polnischen und italienischen Arbeiter spielten. Je geringer die Löhne der deutschen Arbeiterchaft, um so geringer ihr Ansehen im Auslande, wo man sich fragt, weshalb die deutschen Arbeiter sich so niedrige Löhne bieten lassen.

Zur Lage im französischen Bergbau.

Paris, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag fanden in Douai Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeitnehmer und der Unternehmer des nordfranzösischen Bergbauereviere über eine Neuordnung der Löhne statt, die jedoch ergebnislos verliefen. Die Arbeiter forderten unter Hinweis auf die steigenden Lebenshaltungskosten und darauf, daß die von der Regierung zur Besserung der Lage des französischen Kohlenbergbaus ergriffenen Maßnahmen (Verbot der freien Einfuhr deutscher Kohle und Revision der Eisenbahntarife) erfolgreich gewesen seien, die Wiedereinführung des 40 prozentigen Zuschlages zur Teuerungszulage. Gegenwärtig beträgt dieser Zuschlag 20 Proz., nämlich 60 Cent. pro Tag, so daß die von den Arbeitern geforderte Lohnerhöhung ebenfalls 60 Cent. täglich beträgt. Die Bergbauunternehmer lehnten diese Forderung mit der Begründung ab, daß die Lage des französischen Kohlenbergbaus immer schwieriger werde. Die englische Konkurrenz werde immer stärker und erfolgreicher; andererseits fordere die Schwerindustrie eine Herabsetzung der Kohlepreise. Auch die belgische und deutsche Kohle mache Anstrengungen, den französischen Markt zu erobern. Nach dem Scheitern der Verhandlungen haben die Vertreter der Arbeiter die Vermittlung der Regierung angeregt.

Die Gewerkschaften lehnen Baldwin Vorschläge ab.

London, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Vorschläge, die der Premierminister Baldwin am Donnerstag den Arbeiterdelegationen über die Mindestlöhne und die Arbeitslosenunterstützungen gemacht hat, sind von den Gewerkschaften einstimmig abgelehnt worden. Es wurde von der Bergarbeiterchaft beschlossen, an den Untersuchungen der königlichen Kommission für den Bergbau nicht teilzunehmen, vielmehr für den 9. Oktober eine besondere Konferenz einzuberufen. Die anderen Gewerkschaften sollen um Unterstützung gebeten werden.

Internationaler Lederarbeiterkongress.

Paris, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Der 3. Internationale Kongress der Arbeiter der Schuh- und Lederindustrie ist am Freitag eröffnet worden. Vertreter von 22 Gewerkschaften aus 13 Ländern nehmen an diesem Kongress teil, auf dem der Vorsitzende des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands und internationale Sekretär, Genosse Simon, als Vorsitzender der ersten Sitzung gewählt wurde. Genosse Simon erstattete Bericht über die Tätigkeit des Internationalen Sekretariats der Schuh- und Lederarbeiter. Auf dem Kongress sind 18 Länder mit 345 000 Mitgliedern vertreten. Simon brachte zwei Entschlüsse ein, eine über gewerkschaftliche Einheit und eine Protestresolution gegen die Verfolgung der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern. Die Diskussion wird heute fortgesetzt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: Verteidigung des Achtstundentages und der vierwöchentlichen Arbeitszeit, Gehälter und Lebenshaltungskosten für das Schuh-, Häute- und Fellgewerbe, Zoll- und Handelspolitik und deren Einfluß auf die Arbeiterklasse und die Herstellung einer internationalen gewerkschaftlichen Einheitsfront.

Der Streik der Leipziger Möbeltransportarbeiter ist mit einem guten Erfolg beendet worden. Die Arbeit ist in vollem Umfang aufgenommen.

SPD.-Landesrat, Bezirk 5. Fraktionsversammlung Sonntag, 27. September, 10 Uhr vormittags, im Restaurant Renfer, Reichsberger Str. 154.

Deutscher Holzarbeiterverband, Rufnummer 2. Am Montag abend 7 Uhr in Schieds-Restaurant, Reichsberger Str. 154. Tagesordnung: Unsere Lohnbewegung. Jeder Betrieb muß vertreten sein. Die Mitglieder der Branchenkommision treten um 5 Uhr in derselben Lokalität zu einer Sitzung zusammen.

Aus der Partei.

Troefstras Abschied.

Einen wichtigen Auftakt zu dem Kongress der Sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftsbundes in Holland bildete am Sonntagabend eine große Jubiläumssfeier zu Ehren von Troefstra, der sich nach 35jähriger Tätigkeit an führender Stelle der niederländischen Partei und der sozialistischen Internationale in die wohlverdiente Ruhe zurückzieht. Eine sozialistische Partei im heutigen Sinne war kaum vorhanden, als vor 35 Jahren der junge Dichter und Jurist Troefstra mit seiner bürgerlichen Sippe brach und sich an die Spitze des werktätigen Volkes setzte, wo er bald eine Führerschaft einnahm, wie sie nur Bebel in Deutschland, Adler in Oesterreich, Jaurès in Frankreich, Branting in Schweden innehatte. 1894 wurde er zum eigentlichen Begründer der sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Niederlande, deren Anhänger ihn bereits 1897 ins Parlament entsandten. Einbehrung, Verleumdung, Spott, Hohn und Brüdermord, nichts blieb dem großen Idealisten erspart. Aber er errang sich die große Liebe des werktätigen Volkes seines Landes. Das bewies ihm und dem ganzen Volke die Jubiläumssfeier, die ihm bei seinem Scheiden aus dem öffentlichen Leben dargebracht wurde.

Friedrich Adler war anwesend als Vertreter der Sozialistischen Internationale, Dudgeest und Sassenbach für den Internationalen Gewerkschaftsbund. Die Reden, die zu Ehren Troefstras gehalten wurden, gingen durch Rundfunk ins ganze Land, so daß Zehntausende in Sälen und auf öffentlichen Plätzen des ganzen Landes an dieser Abschiedsfeier teilnahmen. Unter den Klängen der Internationale nahm Troefstra den Ehrenplatz ein, den die Arbeiterjugend mit ihren Bannern als Ehrenumfänge umfäumte. Eine Urkunde, von sämtlichen Amsterdamer Parteigenossen unterzeichnet, wurde dem scheidenden Führer als schätzbare Andenken der Liebe und Verehrung überreicht. Die eigentliche Festrede hielt Genosse Bliegen, der ein Bild von Troefstras Tätigkeit und Laufbahn entwarf und zeigte, wie er in einer Linie mit Bebel, Adler, Jaurès, Adler und Vandervoelde den internationalen Kampf führte. Für die Sozialistische Internationale hob Friedrich Adler hervor, was Troefstra für die Arbeiter aller Länder gewirkt hat. Genosse Stenhuus kündigte an, daß die Gewerkschaften zur lebendigen Erinnerung an Troefstra ein Troefstra-Heim stiften werden. Troefstra selbst bekannte in seinen Dankesworten als Inhalt seiner Lebenserfahrung die Befruchtung seines Glaubens an die Menschheit, die den Weg zur Bergeseelschaft vorwärtsführe.

An dem dem Haag benachbarten Scheveningen, wo Troefstra seinen Lebensabend verbringen wird, wurde ihm nach dieser Feier ein Fackelzug dargebracht, an dem rund 25 000 Personen aus allen Teilen des Landes mit 10 Musikkapellen teilnahmen. 1 1/2 Stunden dauerte diese Huldigung, von der selbst die bürgerliche Presse zugibt, daß die Tausende und aber Tausende, die an Troefstra vorbeizogen, Beweis dafür ablegten, wie dieser Führer des niederländischen Proletariats ein Auserwählter unter den Menschen ist. „Diese Huldigung für den großen Idealisten“, erklärte der „Telegraaf“, „dürfte auch den, der nicht sein Weggefährte ist.“

Abbau des Sachsenkonflikts.

Leipzig, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) In der Mitgliederversammlung Groß-Leipzig wurde nach einem Referat Liebmanns folgende Entscheidung gefaßt: Die Mitglieder der Leipziger Parteiorganisationen sind ersucht worden, sich an der Heilberger Parteitagung auf Beilegung des Sachsenkonflikts in vollem Umfange gerecht zu machen, wenn sie auch die gefundene Lösung nicht als befriedigend ansehen. Im Hinblick auf die kommenden schweren Kämpfe der Partei in der nächsten Zukunft sei es unbedingt notwendig, die Schlagkraft der Organisationen durch opferwillige Mitarbeit auch des letzten Parteigenossen ungehindert zu erhalten.

Leipzig, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) In der Mitgliederversammlung Groß-Leipzig wurde nach einem Referat Liebmanns folgende Entscheidung gefaßt: Die Mitglieder der Leipziger Parteiorganisationen sind ersucht worden, sich an der Heilberger Parteitagung auf Beilegung des Sachsenkonflikts in vollem Umfange gerecht zu machen, wenn sie auch die gefundene Lösung nicht als befriedigend ansehen. Im Hinblick auf die kommenden schweren Kämpfe der Partei in der nächsten Zukunft sei es unbedingt notwendig, die Schlagkraft der Organisationen durch opferwillige Mitarbeit auch des letzten Parteigenossen ungehindert zu erhalten.

Theater der Woche.

Vom 27. September bis 3. Oktober 1925.

Ballhäuser: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Filiale Westen, Pflanzersdorf
Landhausstr. 4 - Tel. Wilmersdorf 9831
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen, Verdrahtung aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Möbelfabrik Rob. Seelisch
Berlin O 112, Rigauer Straße 71-73a
Bekannt seit 49 Jahren.
Große Auswahl in kompletten Wohnungs-Einrichtungen sowie Einzeilmöbel aller Art zu wirklich billigen Preisen.
Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung.
Beschäftigung ohne Kautionsarbeit.
Geschäftszeit von 8-7 Uhr.

Oefen Herde
Eiserne Oefen - Kachelofen
für Kohle und Gas
R. Zechlin
Berlin C. 25
Alexanderplatz 18

Edo Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark, Porto 5 Pfennig
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.